

A N T R A G

**der Abg. André Trepoll, Andreas Grutzeck, Dennis Gladiator, Stephan Gamm,
Sandro Kappe (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Nachhaltige Wege aus der Corona-Krise – was jetzt in den Bezirken ge-
tan werden muss!**

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie verlangt jedem Einzelnen sehr viel ab.

Bundesregierung und Senat haben zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen; der weit überwiegende Teil der Bevölkerung akzeptiert die erlassenen Kontaktverbote und massiven Beschränkungen und verhält sich vorbildlich. Dies hat dazu geführt, dass die Zahl der Neuinfektionen erfreulicherweise sinkt und unserem Gesundheitssystem genügend Zeit verblieb, sich durch deutliche Aufstockungen der Intensivbetten auf „den Ansturm“ von Covid19-Patienten vorzubereiten.

Dafür gebührt jedem Bürger und jedem Unternehmer unser tiefster Dank. Nach dem wochenlangen Lockdown ist es nun an der Zeit, behutsam und vorsichtig, aber vor allem nachhaltig Wege aus der Corona-Krise heraus zu finden. Dies gilt in allen Lebensbereichen und somit auch in denen, die in der Verantwortung der Bezirke liegen. Neben unserer in diesem Bereich bereits erhobenen Forderung nach einer umgehenden Öffnung aller öffentlichen Sanitäreinrichtungen mit erhöhtem Reinigungszyklus und unter Errichtung von Desinfektionsspendern für die Bevölkerung (Drs. 22/247), sind weitere schrittweise Maßnahmen auf dem langen Weg zur (neuen) Normalität erforderlich.

I. Verbesserter Schutz der Bevölkerung im öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum dient den meisten Bürgern insbesondere, um von A nach B zu kommen, zur Erholung, zum Einkaufen, zum Treffen anderer Menschen, zum Essen-

gehen, zum Besuchen kultureller Einrichtungen, zum Sporttreiben, aber beispielsweise auch zur Ausübung der Versammlungsfreiheit. All dies ist durch die erforderlichen Corona-Maßnahmen zurzeit drastisch eingeschränkt. Durch das Kontaktverbot, das Abstandsgebot, die wochenlange Sperrung von Spielplätzen, Sportanlagen, Geschäften und Gastronomiebetrieben sowie die Einführung der im öffentlichen Nahverkehr und in Geschäften geltenden Maskenpflicht, hat sich unser Alltagsbild erheblich verändert. Gerade das Abstandsgebot sowie die Einhaltung der Hygienevorschriften sind jedoch elementar wichtig im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus. Regelmäßiges Händewaschen und die Benutzung von Desinfektionsmitteln sind wichtiger denn je. Durch die bereits begonnenen Lockerungen und das frühlingshafte Wetter halten sich wieder mehr Menschen draußen auf. Umso wichtiger ist es, dass der Staat dafür sorgt, dass man sich auch im öffentlichen Raum bestmöglich schützen kann. Dazu gehören Möglichkeiten zum Waschen und Desinfizieren der Hände ebenso wie die Gewährleistung, dass man möglichst wenig anfassen muss. Aber noch immer muss man beispielsweise an Fußgängerampeln drücken, um auf „Grün“ zu warten.

Wir wollen, dass sich dies ändert und fordern daher Folgendes:

1. Neben der sofortigen Öffnung aller öffentlichen Sanitäreinrichtungen müssen unter Beachtung erhöhter Reinigungszyklen auch neue errichtet werden, damit man sich unterwegs die Hände waschen kann.
2. In regelmäßigen Abständen sollen zudem an höher frequentierten Plätzen, insbesondere an Spielplätzen, Sportanlagen, in Grünanlagen, auf Wochenmärkten und an Haltestellen Desinfektionsspender bereitgestellt werden.
3. Schließlich ist zu prüfen, wie Fußgängerampeln so geschaltet werden können, dass sie, ohne dass der Passant auf den Taster drücken muss, auf Grün umspringen.

II. Bezirkliche Gesundheitsämter nachhaltig stärken

Wird jemand positiv auf das Sars-CoV-2-Virus getestet, werden seine Daten an das zuständige Gesundheitsamt übermittelt. Dieses nimmt dann Kontakt zum Infizierten auf, ordnet häusliche Isolation an und klärt das weitere Verfahren ab. Lange Zeit führten die Gesundheitsämter ein Schattendasein; in der Bekämpfung der Corona-

Pandemie sind sie nun eine maßgebliche Säule: Sie sollen verhindern, dass die Infektionswelle unsere Krankenhäuser und Arztpraxen überrollt. Die Mitarbeiter der Gesundheitsämter sind dafür verantwortlich, Infizierte schnell zu identifizieren und zu isolieren, deren Kontaktpersonen aufzuspüren und unter häusliche Quarantäne zu stellen, um eine Ausbreitung des Virus best- und schnellstmöglich zu verhindern.

Die hierfür erforderliche Maßnahme der Isolation kann dabei für viele Menschen sehr belastend sein. Einsamkeit, Ansteckungsängste, Zukunftssorgen und Depressionen können daraus resultieren. Aus diesem Grund ist das Angebot einer psychosozialen Betreuung von wesentlicher Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

4. Die bezirklichen Gesundheitsämter müssen mit ausreichend qualifiziertem Personal ausgestattet werden, um das essentielle Contact-Tracing durchführen zu können und Betroffenen eine psychosoziale Betreuung anzubieten; den Mitarbeitern muss zudem jegliche technische Unterstützung, die das Arbeiten erleichtert, zur Verfügung gestellt werden.
5. Darüber hinaus müssen, sofern die Infektionszahlen beispielsweise im Falle einer „zweiten Welle“ wieder stark ansteigen sollten, in jedem Bezirk bei Bedarf niedrigschwellige Corona-Testzentren für Autofahrer (Drive-In) und Fußgänger errichtet werden, um Hamburgs Arztpraxen zu entlasten. Die anfallenden Personalkosten sind aus dem Haushalt der Gesundheitsbehörde zu finanzieren.

III. Online-Angebote in Hamburgs Kundenzentren dauerhaft beibehalten

Ob Eheschließung, die Ausstellung eines Personalausweises, Reisepasses, von Sterbeurkunden, die Beantragung von Elterngeld oder An- bzw. Ummeldung – die Liste der Dienstleistungen des Staates, auf die Hamburgs Bürger angewiesen sind, ist lang. Die meisten dieser Anliegen werden in den Kundenzentren bzw. Standesämtern der sieben Bezirksämter bearbeitet. Wochenlang war der Publikumsverkehr in Hamburgs Kundenzentren auf ein Minimum reduziert, mittlerweile läuft er erfreulicherweise langsam wieder an. Einige Dienstleistungen werden temporär auch online angeboten. Dies muss als Serviceleistung neben dem persönlichen Angebot vor Ort dauerhaft beibehalten werden.

Deshalb fordern wir:

6. Es ist zu prüfen, inwiefern Dienstleistungen, die aufgrund der derzeitigen Situation temporär online erbracht werden, auch dauerhaft neben der persönlichen Beantragung so angeboten werden können, dass die Digitalisierung der Hamburger Behörden vorangetrieben und die Quantität und Qualität der städtischen Services für die Bevölkerung nachhaltig erhöht wird.

IV. Mehr Mitarbeiter aus den Bezirken für Kontrollen einsetzen

Ob die Schließung von Betrieben und Einrichtungen, Abstands- und Kontaktverbote, Betretungsverbote oder Maskenpflicht – die Liste der Maßnahmen, die der Senat in den Allgemeinverfügungen erlassen hat, ist lang. Grundsätzlich sind für die Kontrolle der Einhaltung dieser Vorschriften die Mitarbeiter der Gesundheitsbehörde und der Bezirksämter zuständig; die Polizei soll lediglich unterstützend tätig sein.

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article206622185/Corona-Krise-in-Hamburg-Einige-wenige-Polizisten-erkrankt.html>

So die Theorie. In der Praxis sind jedoch vorwiegend Polizeibeamte mit den Kontrollen beschäftigt. Dadurch können originäre Polizeivollzugsdiensttätigkeiten nicht erbracht werden und bleiben liegen.

Aus diesem Grund fordern wir:

7. Um die Polizei zu entlasten, hat eine klare Aufgabenteilung zwischen Kontrolltätigkeiten, die von Mitarbeitern der Bezirksämter sowie der Gesundheitsbehörde und solchen, die von Polizeibeamten durchgeführt werden, zu erfolgen. Die Bezirksämter und die Gesundheitsbehörde sind dementsprechend personell auszustatten.
8. Der Senat muss sicherstellen, dass für die Kontrolle der Einhaltung der Allgemeinverfügungen und vor allem der Maskenpflicht im ÖPNV und in Geschäften ausreichend Mitarbeiter der Bezirksämter und der Gesundheitsbehörde zur Verfügung stehen, um dem mit den Kontrollen einhergehenden hohen personellen Bedarf zu entsprechen.

9. Schließlich ist auch künftig zu gewährleisten, dass alle mit Kontrolltätigkeiten beauftragten Mitarbeiter über ausreichend Schutzausrüstung verfügen, um die eigene Ansteckungsgefahr möglichst gering zu halten.

V. Straßenfeste und kulturelle Veranstaltungen in den Stadtteilen

Jedes Jahr finden zwischen April und Oktober in vielen Stadtteilen Straßenfeste und kulturelle Veranstaltungen statt, die sich größter Beliebtheit erfreuen und viele Besucher anziehen. Aufgrund der Corona-Krise wurden alle Großveranstaltungen bis mindestens 31. August 2020 abgesagt.

10. Um den Hamburgern im Spätsommer / Herbst ein Stück Lebensfreude zurückzubringen und den Veranstaltern noch einige Einnahmen zu ermöglichen, wäre es wünschenswert, bereits jetzt mit den Veranstaltern gemeinsam zu prüfen, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen eine Verlegung der geplanten Feste auf September oder Anfang Oktober in Betracht kommt. Sofern sich das Infektionsgeschehen weiterhin positiv entwickelt, sollte es ermöglicht werden, einige der Veranstaltungen unter Auflagen nachzuholen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sicherzustellen, dass neben der sofortigen Öffnung aller öffentlichen Sanitäreinrichtungen weitere errichtet werden, die ebenfalls mit einem erhöhten Reinigungszyklus versehen und mit Desinfektionsspendern ausgestattet werden;
2. sicherzustellen, dass an belebten Plätzen, insbesondere an Spielplätzen, Sportanlagen, in Grünanlagen, auf Wochenmärkten und an Haltestellen Desinfektionsspender errichtet und regelmäßig befüllt werden;
3. zu prüfen, wie Fußgängerampeln so geschaltet werden können, dass sie, ohne dass der Passant auf den Taster drücken muss, auf Grün umspringen und dies schnellstmöglich umzusetzen;
4. sicherzustellen, dass die bezirklichen Gesundheitsämter auch weiterhin mit ausreichend qualifiziertem Personal ausgestattet sind, um das essentielle Contact-

Tracing durchführen zu können und Betroffenen eine psychosoziale Betreuung anzubieten; den Mitarbeitern muss zudem jegliche technische Unterstützung, die das Arbeiten erleichtert zur Verfügung gestellt werden;

5. sicherzustellen, dass, sofern die Infektionszahlen wieder stark ansteigen sollten, in jedem Bezirk bei Bedarf ein aus dem Einzelplan 5 finanziertes dezentrales Corona-Testzentrum für Autofahrer und / oder Fußgänger errichtet wird, welches der hamburgischen Bevölkerung Tests auf Sars-CoV2-Infektionen anbietet;
6. zu prüfen, ob bzw. wie die zurzeit temporär online angebotenen Dienstleistungen auch nach Beendigung der Krise weiterhin online zur Verfügung stehen sowie ausgebaut werden können, um die Digitalisierung der Hamburger Kundenzentren voranzutreiben und die Quantität und Qualität der städtischen Services für Hamburgs Bürger auch in Zukunft zu erhöhen;
7. sicherzustellen, dass eine klare Aufgabentrennung zwischen Kontrolltätigkeiten, die von Mitarbeitern der Bezirksämter und der Gesundheitsbehörde sowie von Polizeibeamten durchgeführt werden, erfolgt;
8. sicherzustellen, dass die Einhaltung der Allgemeinverfügungen und insbesondere der Maskenpflicht in ÖPNV und im Einzelhandel durch ausreichende personelle Ausstattung der Bezirksämter und der Gesundheitsbehörde für flächendeckend unangekündigte Kontrollen gewährleistet wird;
9. sicherzustellen, dass alle städtischen Mitarbeiter, die Kontrolltätigkeiten ausüben, mit ausreichend Schutzausrüstung ausgestattet werden;
10. einen Diskurs mit den Veranstaltern von Straßenfesten und kulturellen Veranstaltungen anzustoßen, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen Straßenfeste oder kulturelle Veranstaltungen in den Stadtteilen ab September 2020 stattfinden können, um Planungssicherheit zu schaffen;
11. der Bürgerschaft bis zum 31. Juli 2020 zu berichten.